Suche nach geeigneten Grundstücken

Neuer geförderter Wohnraum existiert in Achim nur auf dem Papier – Politik formuliert Vorgabe für Investoren

VON KAI PURSCHKE

Achim. Soll in der Stadt Achim künftig jede fünfte und gar jede vierte privat gebaute Wohnung nach dem Wohnraumförderprogramm des Landes Niedersachsen gefördert sein – mit dieser Frage beschäftigen sich die Ratsfraktionen. Schließlich muss die Stadtverwaltung diese Festlegung dann in die jeweiligen Verhandlungen mit privaten Investoren nehmen. Bisher existiert eine derart verbindliche Festlegung nicht, daher hat der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr sie nun auf den Weg gebracht.

Eine 20-Prozent-Vorgabe für bezahlbaren Wohnraum in Ein- oder Zweifamilienhäusern besteht in Achim zwar seit nunmehr 18 Jahren, sie bezieht sich allerdings bisher einzig auf die stadteigene Entwicklung von Bauland. Allerdings haben Rat und Verwaltung seitdem diverse Baugebiete privaten Investoren (Steubenbereich, Kämpe, Lahof) überlassen „und dabei ist unser Ziel unter die Räder bekommen", sagte der Erste Stadtrat Bernd Kettenburg in der Sitzung. Politik und Verwaltung müssten sich daher an die eigene Nase fassen. Zuvor hatte schon Karl-Heinz Lichter (CDU) eingeräumt, dass der Rat den Fehler gemacht habe, seine alte Vorgabe nicht einzuhalten. „Und jetzt hinken wir hinterher."

Denn, das unterstrich Steffen Zorn, Fachbereichsleiter Bauen und Stadtentwicklung, noch einmal ganz deutlich: „Aus jüngster Zeit existiert in Achim keine einzige geförderte Wohnung." Allein mit Investor W&S sei fürs zu entwickelnde Sanierungsgebiet „Nördliche Innenstadt" eine 20-Prozent-Vereinbarung vertraglich fixiert worden und ebenso in Vorverträgen mit den Investoren fürs geplante Runkenquartier, dessen Realisierung im Gegensatz zum W&S-Vorhaben noch nicht in trockenen Tüchern ist.

Nun aber hatte, wie berichtet, die Gruppe SPD/Mindermann beantragt, die Quote für geförderten Wohnraum bei größeren Privatvorhaben von 20 auf 25 Prozent hochzusetzen – und dafür hagelte es Kritik der anderen Fraktionen. Zwar nicht so sehr an der Intention

In Achim sind in jüngster Zeit trotz des Bedarfs keine sozial geförderten Wohnungen hinzugekommen. FOTO: CHRISTIAN WALTER

men Befürchtungen zur Sprache, dass gerade im Vergleich mit den Gemeinden in der Re-

stellte er einen Änderungsantrag, gegen den nur Wolfgang Heckel (WGA) und Hans Baum

geförderten Wohnraum zu suchen und dem Rat zügig vorzulegen hat. Denn laut Verwal-

des Antrags, aber am Vorstoß der Gruppe. Peter Bartram (Grüne): „Wir haben eine interfraktionelle Arbeitsgruppe sozialer Wohnraum, die sich mit dem Thema befasst, warum prescht die SPD dann vor." Ins gleiche Horn stieß Isabel Gottschewsky, die von einem „plakativen Antrag" sprach. Sie findet es „ärgerlich und schade", dass sich die Fachleute ihrer Fraktion Zeit für die AG freischaufeln und nun vor den Kopf gestoßen würden. Außerdem kagion ein Wettbieten um die Quote passieren könne, sodass sich Investoren nach der Quote für geförderten Wohnraum den Ort aussuchen, in dem sie bauen wollen.

Nachdem die Verwaltung erklärt hatte, dass es keinen großen Unterschied für Investoren machen dürfte, ob sich die Fraktionen auf 20 oder 25 Prozent einigen, beschlich Peter Bartram dennoch das Gefühl, „dass die 25-Prozent-Quote der SPD nicht durchgeht". Daher (FDP) stimmten: Bei zukünftigen Verhandlungen mit Investoren im Rahmen von städtebaulichen Verträgen wird der Anteil an gefördertem Wohnraum mit einer Quote von 20 Prozent festgelegt, wobei 25 Prozent anzustreben sind. In begründeten Ausnahmefällen könne davon abgewichen werden.

Mit demselben Ergebnis wurde eine Prioritätensetzung beschlossen, dass die Stadt geeignete Grundstücke für die Schaffung von tung werde der im zwei Jahre alten Wohnraumversorgungskonzept erwähnte Bedarf an rund 520 neuen Wohnungen bis 2020 tatsächlich überstiegen sein. Jedenfalls quantitativ, aber keinesfalls im Bereich der so dringend benötigten preisgebundenen (geförderten) Wohnungen, die bisher nur – wenn überhaupt – auf dem Papier existieren. „Nun müssen wir die Priorität auf sozialen Wohnraum setzen", mahnte Zorn.